

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 11

Artikel: Sicherheitspolitik im Wertewandel : wenig Vorwissen zur Abstimmung am 6. Juni
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092733>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wenig Vorwissen zur Abstimmung am 6. Juni

Sicherheitspolitik im Wertewandel

Am 6. Juni werden die Schweizer Stimmbürger über zwei militärpolitische Vorlagen abstimmen. Karl W. Haltiner, Dozent an der Militärischen Führungsschule an der ETH Zürich, schreibt im folgenden über den Wertewandel in der Sicherheitspolitik.

Aufgrund langjähriger Beschäftigung mit eigenen und fremden Befragungen zu sicherheitspolitischen Einstellungen, insbesondere zum Verhältnis Gesellschaft-Armee, erstaunt es nicht, dass die Armee in letzter Zeit immer wieder in Frage gestellt wurde.

Neuer Stellenwert des Militärs

Im Zuge eines Wertewandels — der nicht nur in der Schweiz, sondern in allen Industrienationen zu beobachten ist — hat sich in den siebziger und achtziger Jahren die Identifikation mit den Wehreinrichtungen und speziell mit der Armee verändert. War die Armee früher ein Identitätsfaktor und eine Art Schule der Nation, wird sie heute nurmehr als eines von verschiedenen Instrumenten der Sicherheitspolitik gesehen. Der Prestigewert des Militärs im persönlichen Bereich und im gesellschaftlichen Leben hat abgenommen. Immer stärker prägen persönliche Nutzenerwägungen und nicht patriotische Motive das Engagement für die Armee.

Dieser Prozess der Bewertungsänderung, man könnte ihn als eine Art Säkularisierung bezeichnen, ist keineswegs auf das Militär beschränkt. Auch andere Bereiche, wie Kirche, Staat, Parteien, Wissenschaft, Technik und weitere mehr, unterliegen diesem Trend. Das Ende des kalten Krieges und die Aktivitäten der «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» (GSoA) haben die Neubewertung des militärischen Elements in der modernen schweizerischen Gesellschaft nicht ausgelöst, sondern lediglich akzentuiert.

Verteidigungsnotwendigkeit: ja, aber ...

Die verschiedensten Befragungen und auch die wehrpolitischen Abstimmungen der letzten paar Jahre

haben gezeigt, dass es grundfalsch wäre, den gesellschaftlichen Bedeutungsverlust des Militärischen grundsätzlich als abnehmenden Verteidigungswillen oder als fehlenden Willen zur nationalen Selbstbehauptung zu deuten. Heute werden zivilisatorische, ökologische und ökonomische Bedrohungsformen höher gewichtet als militärische. Militärische Landesverteidigung ist nicht mehr die, sondern bloss eine unter vielen Staatsaufgaben.

Trotzdem kann von einer zunehmenden Antimilitarisierung keine Rede sein. Die grundsätzliche Zustimmung zur Armee beträgt nach wie vor zwei Drittel, je nach Befragungszeitpunkt auch mehr. Es fällt dabei auf, dass die Akzeptanzrate heute sensibler als früher auf innen- und aussenpolitische Ereignisse sowie auf Veränderungen der Bedrohungswahrnehmung reagiert. Sie wird in der Zukunft noch vermehrt zu kurzfristigen Schwankungen tendieren.

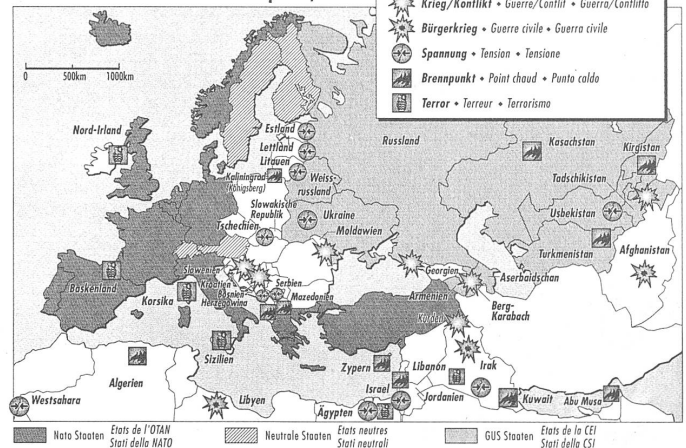
Rund ein Viertel der Bevölkerung bejaht die Armee vorbehaltlos, rund ein Viertel lehnt sie vorbehaltlos ab. Der Rest, rund die Hälfte der Schweizerinnen und Schweizer, bekennt sich grundsätzlich zur Armee, wünscht aber Reformen. Allerdings können die wenigsten der Befragten dieser Gruppe die gewünschten Reformen näher definieren. Es lässt sich nur eine zentrale Aussage treffen: Die Landesverteidigung sollte weniger kosten.

Als Folge des Konsens zur Verteidigungsnotwendigkeit einerseits und des Dissens über die Aufwendungen in der Militärpolitik andererseits ist die Kritikbereitschaft gegenüber Armeen anliegen gewachsen. Der politische Rechtfertigungsbedarf für Rüstungsausgaben hat im Vergleich zu früher erheblich zugenommen.

Kritischere Einschätzung der weltpolitischen Lage

Hatte der Fall des Eisernen Vorhangs und damit das Ende der Ost-West-Konfrontation Hoffnungen für eine friedlichere Welt geweckt, brachten die neunziger Jahre sicherheitspolitisch eine gewisse Ernüchte-

Konflikte • Conflits • Conflitti Europa 92/93



rung. Der Golfkrieg, das Aufblammen von ethnischen und nationalistischen Konflikten, allen voran der andauernde, äusserst brutale Krieg in Jugoslawien, aber auch die Konflikte in der ehemaligen UdSSR oder im Nahen Osten haben die Friedenseuphorie in der Bevölkerung erheblich gedämpft. Zudem hat der europäische Integrationsprozess sichtlich an Schwung verloren. Im Vergleich zu 1990 und 1991 wird die weltpolitische Entwicklung heute düsterer eingeschätzt. In dieser Sicht dürfte sich auch die allgemein pessimistischere gewordene Grundstimmung widerspiegeln, die sicherheitspolitische, politische und ökonomische Aspekte gleichermaßen umfasst.

Schlecht informiert

Jede zweite Schweizerin und jeder zweite Schweizer erklären, sicherheitspolitisch genügend im Bild zu sein. Diese Aussagen decken sich jedoch keinesfalls mit dem wirklichen Wissensstand. Wiederholte Befragungen haben zum Beispiel gezeigt, dass im allgemeinen das Ausmass der Verteidigungsausgaben, gemessen am Bundeshaushalt, deutlich überschätzt wird.

Dasselbe Bild zeigt sich auch in bezug auf die militärpolitischen Abstimmungsvorlagen vom 6. Juni:

- Von der Flugzeug-Initiative weiss man primär, dass sie die Beschaffung des F/A-18 verhindern soll. Nur wenigen Befragten ist das generelle Beschaffungsverbot bis zum Jahr 2000 bekannt.
- Die Herkunft der Initiative (Initianten: GSoA) ist nur etwa drei von zehn Befragten bekannt.
- Bloss ein Drittel der Befragten vermag die Flugzeugbeschaffungskosten abzuschätzen. Es besteht die deutliche Neigung, die finanziellen Aufwendungen zu überschätzen. Gleichzeitig wird die Zahl der zu beschaffenden Flugzeuge im allgemeinen unterschätzt.
- Es ist praktisch unbekannt, dass die Mittel zur Flugzeugbeschaffung aus dem ordentlichen EMD-Budget stammen und demgemäss auch bei einer Annahme der Initiative nicht ausserhalb des EMD eingesetzt werden könnten.
- Von der Waffenplatz-Initiative ist vor allem der Begrenzungsaspekt bekannt. Wenige verweisen auf die Erschwerungen bei der Erneuerung von Ausbildungsanlagen. ■